

Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel
Rathaus
34112 Kassel

Fraktion B90/Die Grünen

CDU-Fraktion

FDP-Fraktion

SPD-Fraktion

Fraktion Die Linke

StV. Gleuel

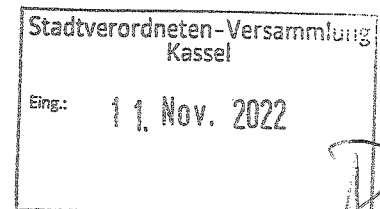
StV. Klobuczynski

StV. Rieger

StV. Düsterdieck

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

- im Hause -



Kassel, den 10. November 2022

Resolution zum Erhalt der GALERIA Filiale Kassel

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Erhalt der GALERIA Filiale in Kassel aus. Der Magistrat wird aufgefordert, sich weiterhin bei der Konzernleitung von Galeria Karstadt Kaufhof dafür einzusetzen, eine Schließung des Kasseler Standortes abzuwenden.

Begründung:

Seit über 100 Jahren ist die Obere Königsstraße/Opernplatz ein Kaufhausstandort und damit ein wichtiger Publikumsmagnet für Kundinnen und Kunden des Kasseler Einzelhandels. Die Bedeutung der GALERIA Filiale Kassel ist nicht nur auf Kassel begrenzt, sondern erstreckt sich auch auf die gesamte nordhessische Region. Das Gebäude ist stadtbildprägend und das Angebot an Waren und Dienstleistungen hat strukturelle Bedeutung für die Stadtentwicklung, weil es sich positiv auf die Frequentierung und damit auf die Belebung der Kasseler Innenstadt auswirkt. Die GALERIA Filiale Kassel erfüllt aber auch eine soziale Funktion als Arbeitgeber und als Ort der Kommunikation und der Begegnung. Nach den Turbulenzen 2020 um die Standortschließungen von Karstadt und Kaufhof ist mit dem Umbau ein Neuanfang möglich geworden, der nicht gefährdet werden darf.

Berichterstatter: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

Christine Hesse, Steffen Müller
Fraktionsvorsitzende
Fraktion B90/Die Grünen

Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender
FDP-Fraktion

Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende
SPD-Fraktion

Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende
Fraktion Die Linke

StV. Gleuel

StV. Klobuczynski

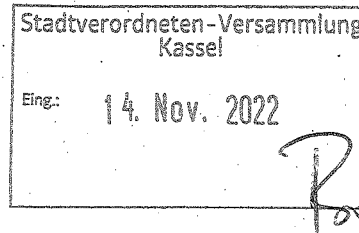
Stv. Rieger

StV. Düsterdieck

Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel

Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, LINKE, FDP und der Stadtverordneten Rieger und des Stadtverordneten Düsterdieck

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
- im Hause -



10.11.2022

Gemeinsame Resolution

Kassel verurteilt Tötungen und gewaltsame Festnahmen im Iran

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die Tötungen und gewaltsamen Festnahmen der feministischen Demonstrantinnen und Demonstranten im Iran, die gegen das dortige Regime protestieren.
2. Kassel erklärt sich solidarisch mit den Zielen der demokratisch-feministischen Protestbewegung im Iran und mit den Opfern des Mullah-Regimes. Die Stadtverordneten unterstützen die Solidaritätskundgebungen in unserer Stadt und laden die Bürgerinnen und Bürger ein, sich zu beteiligen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundesregierung und die Hessische Landesregierung auf zur Mitarbeit an einer bundesweiten Einigung, die eine Abschiebung in politische Verfolgung, Folter oder Tod im Iran ausschließt.

Berichterstatter: Ali Timtik

Christine Hesse, Steffen Müller
Fraktionsvorsitzende
Fraktion B90/Die Grünen

Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende
SPD-Fraktion

Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende
Die Linke

Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzende
FDP-Fraktion

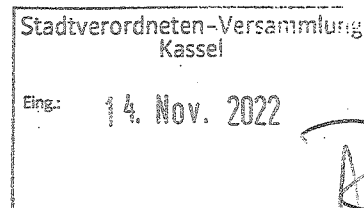
StV. Rieger
Die PARTEI

StV Düsterdieck

Stadtverordnetenversammlung der
Stadt Kassel

Gemeinsamer Antrag von LINKE,
und der Stadtverordneten Rieger

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Martina van den Hövel-
Hanemann
- im Hause -



10.11.2022

Gemeinsame Resolution

Kassel verurteilt Angriffskrieg der Türkei im Nordirak und in Nordsyrien

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt jegliche völkerrechtswidrige Kriegshandlung.
2. Dem folgend verurteilt die Stadtverordnetenversammlung - insbesondere im Hinblick auf die in Kassel lebenden kurdischen, aber auch regierungskritischen türkischen Mitbürger*innen – die Angriffe, welche die Türkei seit dem 18. April 2022 –insbesondere durch bewaffnete Drohnen und gezielte Tötungen auf von Kurd*innen bewohnte Gebiete im Nordirak und in Nordsyrien (Rojava) führt. Sie solidarisiert sich mit den Opfern und fordert die türkische Regierung dazu auf, jegliche Angriffe auf den Nordirak und Nordsyrien einzustellen.
3. Wir fordern die Bundesregierung auf das Verbot der kurdischen Freiheitsbewegung in Deutschland, sowie das Verbot Ihrer Symbole aufzuheben.

Begründung:

In jüngster Zeit führt die türkische Armee wieder Angriffe auf von Kurd*innen bewohnte Gebiete im Nordirak und in Nordsyrien (Rojava) durch. Auch in Kassel leben Menschen kurdischer Herkunft. Viele mussten seit 2018 aus ihrer Heimat in Rojava fliehen, als die türkische Armee und islamistische Milizen mehrmals die kurdischen Kantone Afrin und Kobane überfielen und teilweise besetzten.

Unsere kurdischen Mitbürger*innen und andere Menschen aus den mehrheitlich von Kurd*innen bewohnten Gebieten verdienen Solidarität und Unterstützung. Sie fürchten wieder um ihre Familien in der bekriegten Heimat, viele mussten bereits um getötete Verwandte trauern.

Berichterstatter: Ali Timtik

Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende
Die Linke

StV. Rieger
Die PARTEI